

SUGGESTIVFRAGEN UND SUGGESTIBILITÄT – WIE AUS DER MEHRHEIT EINE MINDERHEIT WIRD

Karl-Heinz Reuband

1. Frageformulierungen und Antwortvariabilität

Daß unterschiedliche Frageformulierungen zum gleichen Thema unterschiedliche Randverteilungen in Umfragen erbringen, ist eine altbekannte Tatsache. Doch das Ausmaß der hervorgerufenen Variationen ist nicht konstant, sondern unterliegt spezifischen Bedingungen: je auskristallierter und reflektierter die erhobenen Einstellungen sind, desto geringer ist im allgemeinen auch die Variabilität. Infolgedessen gibt es Themen, bei denen die Auskristallisation gering und die Variabilität deshalb hoch ist – wie etwa bei außen- und sicherheitspolitischen Fragen. Sie stehen dem Alltagsleben des einzelnen zu fern, als daß er sich darüber in besonderem Maße Gedanken macht. Es gibt zeitspezifische Variationen – etwa dort, wo sich ein Prozeß der Meinungsbildung entwickelt und in auskristallisierte Einstellungen mündet. Neue Issues, die in das Blickfeld der öffentlichen Diskussion geraten, fallen vor allem hierunter. Und schließlich gibt es eine Variabilität im Antwortmuster, die sich aus der sozialstrukturellen Zugehörigkeit des Befragten ergibt: Immer dann, wenn Personen mit bestimmten sozialen Merkmalen kraft Sozialisation oder unmittelbarer Betroffenheit von einer Thematik berührt sind, werden sie auch eher darüber reflektiert und Einstellungen entwickelt haben (1).

Bei manchen Befragtengruppen mag – zeit- und themenunabhängig – darüber hinaus eine generalisierte Neigung existieren, Erfahrungen und Ereignisse in übergreifenden Zusammenhängen zu konzeptualisieren. Am wichtigsten ist in diesem Zusammenhang wohl die Schulbildung: Je höher die Schulbildung, desto mehr nimmt der einzelne am öffentlichen Leben teil, desto größer sein politisches Interesse und desto größer die erworbene Fähigkeit, neue Informationen in übergreifende Zusammenhänge zu integrieren. Desto größer dürfte sowohl aufgrund seines Selbstbildes als auch seines Lebenszusammenhangs der Druck sein, eine Meinung zu tages- und weltpolitischen Ereignissen zu haben. Bildung verpflichtet, dem Bildungsideal gemäß kenntnisreich und meinungsbezogen zu sein. Die Anfälligkeit gegenüber unterschiedlichen Frageformulierungen zum gleichen Thema – mit mehr oder minder gleicher Aussage – müßte mithin geringer sein (2). Für die Richtigkeit dieser Annahme sprechen vor allem die verschiedenen Untersuchungen über den Effekt von einseitig und alternativ ausformulierten Fragen. Fragen, bei denen nur eine Alternative ausformuliert ist, führen zu einem „bias“ bei Personen mit geringer Bildung (vgl. Bishop et al. 1982, S. 78 ff.).

Doch wie sehr trifft all dies noch zu, wenn *Suggestivfragen* in der Erhebung eingesetzt werden? Gelten dann nach wie vor die gleichen Gesetzmäßigkeiten? Handelt es sich bloß um einen Spezialfall innerhalb des beschriebenen Musters? Man könnte geneigt sein, diese Fragen zu bejahen – unterschiedliche Fragen akzentuieren schließlich verschiedene Aspekte. Und von der Akzentuierung einzelner Aspekte zur einseitigen Formulierung zugunsten oder zuungunsten dieser Aspekte ist nur ein gradueller Unterschied. Diejenigen, die sich am stärksten mit dem Thema befaßt haben, müßten weniger als andere von der Suggestivfrage tangiert sein, Personen mit höherer Schulbildung aufgrund ihrer kogniti-

ven Kompetenz generell eher Suggestivformulierungen durchschauen. Je massiver der Suggestiveffekt entwickelt ist – je komplexer die Anforderungen an die allgemeine Fähigkeit zur Abstraktion und kognitiven Differenzierung – desto mehr ist die Schulbildung als Diskriminierungsmerkmal wahrscheinlich. Dies dürfte zusätzlich durch die Tatsache gefördert werden, nach der Befragte mit höherer Schulbildung dem Interviewer an Status überlegen oder zumindest gleichgesetzt sind (3). Sie werden sich – so vermuten wir – infolgedessen weniger eingeschüchtert fühlen als Statusniedere und deshalb eher nachfragen oder gar Widerspruch einlegen, sobald die Formulierung verwirrend oder suggestiv ausfällt.

Ob diese Vermutungen über Suggestivformulierungen und Suggestibilität zutreffen oder nicht, soll im folgenden anhand einer Fallstudie überprüft werden. Wir tun dies an der *Nachrüstungskontroverse*. Zu keiner anderen Thematik sind in der Bundesrepublik Deutschland innerhalb kurzer Zeit derart viele Umfragen mit verschiedenen Formulierungen und – z.T. dramatisch voneinander abweichenden – Antwortverteilungen durchgeführt worden. Und zu keiner Zeit war wohl auch die Verwirrung über Umfrageergebnisse größer wie im September 1983, als wenige Tage hintereinander Ergebnisse zweier verschiedener Umfragen publiziert wurden, die beide vom *selben* Erhebungsinstitut und nur *wenige Tage* voneinander getrennt erhoben wurden. Während in dem einen Falle die überwältigende Mehrheit sich gegen die Nachrüstung aussprach, war in der anderen Umfrage vermeintlich eine fast genauso große Mehrheit für die Nachrüstung (4).

2. Suggestivfragen zur Nachrüstungskontroverse

Man kann die beiden zitierten Umfragen vom September 1983, die in ihren Befunden so dramatisch voneinander abweichen, als Testfall für die Überprüfung unserer Fragestellung heranziehen. Sie eignen sich zu diesem Zweck besonders gut: die eine – vom Bundesverteidigungsministerium in Auftrag gegebene und veröffentlichte – Umfrage zeichnet sich durch eine Häufung suggestiver Elemente in den Frageformulierungen aus. Gemessen an allen Umfragen zur Nachrüstung handelt es sich um den massivsten Versuch einer Einflußnahme auf Interviewbefunde – und damit auch auf die öffentliche Meinung (5). Beide Umfragen sind in der Zusammensetzung der Befragten einander vergleichbar. Die eine Umfrage umfaßt zwar Befragte ab 14, die andere erst ab 18 Jahren. Indem wir uns in beiden Umfragen auf die Befragten ab 18 beschränken, stellen wir beide auf die gleiche Basis. In der Erhebungsphase gehen beide Studien fast nahtlos ineinander über: die eine erstreckt sich auf die Zeit vom 25. August bis 8. September 1983 (N=rd. 2000), die andere auf die Zeit vom 10. bis 14. September 1983 (N = rd. 1000). Von einem dramatischen Erdbeben im Meinungsklima in der Zwischenzeit kann kaum ausgegangen werden. Allerdings fällt in die Erhebungsperiode der ersten Erhebung der Abschluß des koreanischen Zivilflugzeuges durch die Sowjets am 1. September. Dies könnte eine kurz- oder langfristige Veränderung des Meinungsklimas bewirkt haben (6). Aus diesem Grunde ist es ratsam, sich auf jene Befragte zu beschränken, die *nach* dem Ereignis selbst befragt wurden. Wir wählen zu diesem Zweck den 2. September als Einschnitt – an diesem Tage mußten selbst diejenigen, die nicht schon am 1. September im Rundfunk oder Fernsehen davon gehört hatten, dies in den Zeitungen als erste Meldung auf der Titelseite zur Kenntnis nehmen.

Erfragt wird die Einstellung zur Nachrüstung in beiden Umfragen nach einer Vorfrage – in dem einen Falle zur Kenntnis des Stationierungstermins, im anderen Falle zur Reaktion auf sowjetische Überlegenheit. Die Frage zur Kenntnis des Stationierungstermins ist neutral gehalten, die Frage zur sowjetischen Überlegenheit dagegen ist suggestiv konstruiert

(vgl. Übersicht in Tabelle). Nicht nur, daß hier mit einer vermeintlichen Expertenmeinung eine spezifische Reaktion nahegelegt wird, dem Befragten bleibt nicht einmal als Antwort die Möglichkeit, die Behauptung zurückzuweisen. Angesichts dessen verwundert nicht, daß eine große Mehrheit von 77 % für eine Wiederherstellung des Gleichgewichts plädiert – Personen mit höherer Schulbildung übrigens eher als Personen mit niedrigerer (Volksschule 76 %, Mittelschule 79 % und Abitur 82 %) und ältere über 65 eher als jüngere Personen (92 %).

Vorfragen können den Bezugsrahmen bestimmen, unter dem die folgenden Fragen erscheinen und beantwortet werden. Dies gilt vor allem dort, wo Vor- und Folgefragen direkt aufeinander bezogen sind, die Logik der Beantwortung gewissermaßen vorprogrammiert ist. Eine derartige Zwangssituation entsteht in der Umfrage dadurch, daß an die Frage sowjetischer militärischer Überlegenheit angeknüpft wird und – durch unzuverlässige Kombination zweier Aussagen in einem Statement – das Gleichgewichtsstreben mit der Aufstellung atomarer Mittelstreckenraketen in Verbindung gebracht wird. Doch damit nicht genug: durch Wahl der Statementform wird eine Bejahungstendenz zugunsten der Nachrüstung eingebracht. Somit wird durch eine *mehrfache* Verschachtelung ein massiver suggestiver Einfluß für die Nachrüstungsposition ausgeübt. Meinungslosigkeit wird – obwohl gerade bei sicherheitspolitischen Themen weit verbreitet – als legitime Antwortkategorie dem Interviewer gar nicht erst vorgegeben. Der Befragte wird so lange gedrängt, bis er sich zu einer Antwort durchgerungen hat. Unrealistische Werte für Meinungslosigkeit um 3 % und weniger (wie in diesem Falle) sind die Folge. Die Formulierung der anderen Umfrage ist demgegenüber nicht nur in der Vor-, sondern auch in der Hauptfrage neutral gehalten. Dem Problem der Meinungslosigkeit ist durch Akzeptanz einer derartigen Antwort Rechnung getragen. Durch eine Nachfrage unter den Meinungslosen wird versucht, all jene noch mitzuerfassen, die trotz einer gewissen Ambivalenz einer bestimmten Meinung zuneigen (7).

Man könnte nun die Ansicht vertreten, der wesentliche Unterschied zwischen beiden Frageformulierungen würde in der Thematisierung der östlichen Bedrohung liegen, und dies – und nicht etwa die anderen suggestiven Elemente – wären für die Unterschiedlichkeit der Ergebnisse entscheidend. Empirisch spricht nichts für eine derartige Hypothese. Auch dann, wenn der Bedrohungskontext durch Verweis auf östliche Raketen hervorgehoben wird, zeigt sich in anderen Untersuchungen ein Unterschied von allenfalls zehn Prozentpunkten. Ebenso wenig vermag der unterschiedliche Lokalbezug (Bundesrepublik vs. Westeuropa) die Grundsätzlichkeit der Unterschiede zu erklären. Die Ursachen liegen ganz offensichtlich im Einsatz suggestiver Fragen zugunsten der Nachrüstung (8).

3. Informiertheit, Einstellungsambivalenz und Anfälligkeit für unterschiedliche Frageformulierungen

Die Unterschiedlichkeit der Befunde zwischen den beiden Umfragen ist extrem groß: einer Mehrheit von 66 %, die eine Nachrüstung ablehnen, und einem Anteil von 16 %, die sie bejahen, stehen in der anderen Umfrage 58 % für und lediglich 39 % gegen die Nachrüstung gegenüber. Die Mehrheitsverhältnisse haben sich komplett umgedreht. In der Unterstützung der Nachrüstung beläuft sich die Prozentpunktdifferenz zwischen beiden Umfragen auf 42, in der Gegnerschaft auf 27 Prozentpunkte. Vergleichbare Unterschiede gibt es zwischen keiner der übrigen Umfragen, die in den letzten Jahren in der Bundesrepublik zur Nachrüstungsfrage durchgeführt worden sind. Wenn Interesse und Wissen über einen Sachverhalt gering sind, dann sind gewöhnlich auch die Einstellungen dazu wenig auskristallisiert und in sich ambivalent und oberflächlich. Umso eher sind

variierte Frageformulierungen in der Lage, andersgeartete Akzente im Bewußtsein des Befragten zu setzen und andere Meinungsäußerungen zu bewirken. In welchen sozialen Gruppen könnte dies nun eher der Fall sein als in anderen?

Das allgemeine politische Interesse – oft konstitutiv für das Interesse auch an der Nachrüstung – bietet allenfalls einen ersten Zugang zu dieser Frage; gibt es doch viele Personen, die aus dem Gefühl der persönlichen Betroffenheit heraus erst ein Interesse an dieser Frage entwickeln, obwohl sie sich ansonsten durch ein eher unterdurchschnittliches allgemeines politisches Interesse und Wissen auszeichnen. Davon abgesehen gibt es bestimmte Bereiche des Politischen, die in unterschiedlichen Gruppen unterschiedliches Interesse auf sich ziehen. Sicherheitspolitische Fragen scheinen beispielsweise oft Männer mehr als Frauen anzusprechen, weil sie Elemente der Geschlechterrolle zu aktivieren in der Lage sind. Die Verteidigung des Staatswesens gehört zu den traditionellen Obliegenheiten von Männern, nur in wenigen Gesellschaften auch der Frauen. Gewaltsame physische Auseinandersetzungen ereignen sich eher unter Männern als Frauen, die Abwehr äußerer Bedrohung gilt als ihre Domäne.

In der Selbsteinschätzung des globalen politischen Interesses schneiden Männer besser ab als Frauen, Jüngere besser als Ältere (mit Ausnahme der unter 20jährigen) und Befragte mit höherer Bildung besser als solche mit niedrigerer Bildung (9). Grenzt man das Interesse und Wissen spezifischer auf die Nachrüstungsfrage ein, so läßt sich z.T. ein paralleler Trend feststellen. So wußten im Herbst 1981 Frauen weitaus weniger als Männer etwas mit den Begriffen „Nachrüstung, NATO-Doppelbeschluß, Pershing II, SS 20, Pershing II und Cruise Missiles“ anzufangen. Und im August/September 1983 – kurz vor dem Höhepunkt der Anti-Nachrückungskampagne der Friedensbewegung und dem Stationierungsbeginn – waren sie weniger über den offiziellen Stationierungstermin informiert. Danach gefragt, wann – in welchem Jahr – mit der Stationierung begonnen werden sollte, nannten 52 % der Männer 1983 als korrekten Termin und lediglich 32 % der Frauen. Weitaus mehr Frauen als Männer bekannten ihr Nichtwissen (39 % vs. 19 %) (10).

Seit Verabschiedung des NATO-Doppelbeschlusses sind es die besser Gebildeten, welche sich als informierter erweisen. Während im Herbst 1983 39 % der Volksschüler korrekt das Jahr 1983 als Termin der beginnenden Stationierung bezeichnen, sind es unter den Mittelschülern 46 % und unter den Befragten mit Abitur 49 %. Dies und die Tatsache, daß Personen mit höherer Schulbildung generell eher zur Auskristallisation von Einstellungen in einer Vielzahl von Issuebereichen neigen, müßte mit steigender Schulbildung zu einer größeren Immunität gegenüber unterschiedlichen Frageformulierungen führen.

Unklarer – theoretisch wie empirisch – liegen die Verhältnisse bei der Altersbeziehung. Einerseits spricht empirische Evidenz dafür, daß die Älteren politisch weniger interessiert sind als Jüngere. Andererseits nimmt mit steigendem Alter in den Themenbereichen, die den einzelnen traditionell berühren, die Tendenz zur Meinungsbildung zu. Je länger man sich einer spezifischen Position verschrieben hat – etwa einer bestimmten Parteiidentifikation –, desto stabiler sind die Orientierungen, desto weniger wohl auch die Anfälligkeit gegenüber kurzfristigen Ereignissen oder Fragenstimuli (11). Im Falle der Nachrückungskontroverse ist diese Situation allerdings nur bedingt gegeben. Es handelt sich um ein neues „Issue“, bei dem nur zum Teil auf traditionelle sicherheitspolitische Orientierungen – etwa gegenüber dem „Ostblock“ – zurückgegriffen werden kann (12). In der Tat sind es nicht die ältesten Befragten, welche sich als besonders kundig erweisen. Am besten schneiden die 20- bis 29- und die 30- bis 39jährigen ab. Die über 60jährigen sind über die Nachrüstung am schlechtesten informiert (Reuband 1985).

4. Selbstdarstellungszwänge und Anfälligkeit für Suggestivfragen

Untergliedert man die Ergebnisse der beiden Umfragen nach den sozialen Merkmalen Geschlecht, Alter und Schulbildung, so erweist sich die Realität komplizierter als zunächst vermutet. Die Diskrepanzen zwischen den Befunden der beiden Umfragen sind nicht etwa bei den Frauen – den am wenigsten Interessierten und Informierten – am größten, sondern bei den Männern. Das Alter scheint keinen systematischen und linearen Zusammenhang auszuüben. Allenfalls bei den über 65jährigen fallen die Diskrepanzen etwas stärker aus. Und bei der Schulbildung sind es nicht die schlechter Gebildeten, die durch die Frageformulierungen am stärksten betroffen werden. Die größten Unterschiede treten vielmehr bei den Befragten mit Mittelschulbildung zutage (in der Befürwortung 48 Prozentpunkte, in der Ablehnung 35 Prozentpunkte). Die Suggestivformulierungen scheinen mithin unter den Befragten mit Abitur durchaus keine größere Resistenz hervorzurufen als unter den Befragten mit Volksschulbildung (siehe Tabelle). Befragte mit Abitur ragen aufgrund der unterschiedlichen Ausgangswerte einzig dadurch hervor, daß bei ihnen die Mehrheitsverhältnisse gegen die Nachrüstung auch in der suggestiven Formulierung gerade noch knapp gehalten werden.

Warum nun dieses so unerwartete Muster? Der Schlüssel könnte im Zusammenspiel zweier gegenläufiger Faktoren liegen: diejenigen Gruppen, die sich durch eine überproportional hohe Informiertheit in der Nachrüstungsfrage auszeichnen – Männer, besser Gebildete, u.U. auch Jüngere –, sind womöglich tatsächlich überproportional resistent gegenüber variierenden Frageformulierungen zum gleichen Thema. Zugleich aber könnten sie stärker als andere sich unter dem Zwang des Expertentums befinden. Wenn Männer im Vergleich zu Frauen als politisch interessierter gelten und sich so begreifen, dann werden sie eher auch dann eine Meinung kundtun, wenn sie sich überfordert fühlen. Sie werden „Blößen“ zu vermeiden suchen, indem sie auf die vorgegebenen – komplexen – Stimuli reagieren und sich in die suggestive Kraft der Fragekonstruktion einfangen lassen. Unter den Älteren ist eine ähnliche Neigung zu vermuten: Den Jüngeren gegenüber fühlen sie sich oft durch Lebenserfahrung und Wissen überlegen, dem gesellschaftlichen Status nach sind sie – sofern nicht aus dem Erwerbsleben ausgeschieden – eher oberhalb als unterhalb der jüngeren Generation angesiedelt. Auch sie müßten aus diesem Rollenverständnis heraus sich zu einer Meinungsäußerung durchringen – selbst wenn sie der Frageformulierung nicht ohne Probleme gegenüberstehen.

Bleiben schließlich die Befragten mit höherer Schulbildung. Wir hatten bei ihnen eine besonders große Resistenz gegenüber Suggestivfragen postuliert – sind sie doch nicht nur allgemein auch über die Nachrüstungsfrage besser informiert als andere. Sie haben auch eher die kognitive Kompetenz, Suggestivfragen zu entlarven. Nicht zuletzt hatten wir vermutet, daß sie aufgrund ihres Status im Interview auch eher zum Einspruch und zum Nachfragen bereit sind. Genau dies aber scheint – wie die Daten belegen – nicht der Fall zu sein. Womöglich stehen die Befragten mit Abitur unter dem gleichen Zwang wie die älteren und die männlichen Befragten. Das Nichtverstehen einer Frage zu bekunden, würde bedeuten, sich eine Blöße zu geben. Es handelt sich gewissermaßen um die Kehrseite der Rollenerwartung, die zu einer überproportional großen Informationsaufnahme führt.

Daß unsere Deutung nicht unrealistisch ist, es Tendenzen zu einer positiven Selbstdarstellung in den beschriebenen Gruppen tatsächlich gibt, zeigen empirische Befunde aus anderen Untersuchungen. Gefragt nach der Kenntnis verschiedener Bundesminister nannten – im Rahmen einer Listenvorgabe – Männer etwas häufiger als Frauen den fiktiv eingeführten Minister Meyers (EMNID 1981). Der Effekt ist nicht sehr groß, aber konsistent in die erwartete Richtung. Stärker wird er, wie eine vergleichbare Analyse mit fiktiven

Politikernamen erbrachte, wenn die jeweiligen Interviewer-Befragten-Konstellation mitberücksichtigt wird. Sobald Männer von Frauen befragt werden, steigt ihre Nennung des fiktiven Politikers an. Männer sehen sich offenbar als Experten für Politik. Und diese Neigung steigt mit zunehmendem Status in der Beziehung zwischen Befragten und Interviewer – hier auf der Ebene der Geschlechterrollen – an. Ähnlich die Deutung der Autoren: „Vielleicht gehört politische Kenntnis zur männlichen, nicht aber so sehr zur weiblichen Rolle, so daß in dieser Konstellation ein (männlicher) ‚Experte‘ gegenüber dem (weiblichen) ‚Laien‘ seine Unkenntnis nicht eingestehen will (Hoag/Allerbeck 1981, S. 420).

Auf der Aggregatebene stärker als das Geschlecht wirkten sich Alter und Schulbildung aus: je älter die Befragten, desto eher wird eine Kenntnis des fiktiven Ministers bekundet. Befragte mit Abitur zeichneten sich hier gar durch überdurchschnittlich häufige Nennungen aus. Daß selbst suggestive und komplexe Frageformulierungen dabei auf keinen nennenswerten Protest der Befragten stoßen müssen, belegen deutlich unsere Daten zur Nachrüstungsfrage: Die Quote der Meinungslosen ist hier, wo die Kategorie dem Interviewer als nicht legitim vermittelt wird und er sie eher meidet, gering. Sie unterscheidet sich auch kaum zwischen den Bildungsgruppen. Zwar scheinen Befragte mit Abitur noch die größte Resistenz aufzubringen – doch zur Kooperationsbereitschaft gedrängt, geben sie schließlich nach (keine Angabe lediglich 5 %, bei Volksschule 3 % und bei Mittelschulbildung 1 %)(13).

5. Schlußbemerkungen

Die Anfälligkeit gegenüber unterschiedlichen Frageformulierungen ist bei sicherheitspolitischen Themen und neuen Issues – wie der Nachrüstungskontroverse – groß. Dies signalisiert nicht nur methodische, sondern auch substantielle Inhalte: wenn andersgeartete Formulierungen Effekte haben, dann sind die Einstellungen zu der jeweiligen Thematik weniger stark auskristallisiert. Daß sich Mehrheitsverhältnisse freilich derart stark umkehren wie im betrachteten Falle, ist allenfalls bei massivem Einsatz von Suggestivfragen möglich. Wie unsere Analyse belegt, sind die Auswirkungen der Suggestivfragen selbst unter jenen Befragten außerordentlich groß, bei denen eine Auskristallisation von Einstellungen weit vorangetrieben ist. Auch Befragte mit Abitur können sich dem suggestiven Zwang der Formulierung nicht entziehen. Dies mag mit durch den Zwang zur Selbstdarstellung bestimmt sein. Einander gegenläufige Trends heben einander in dieser Weise auf.

Was für die untersuchte Fallstudie gilt, braucht nicht notwendigerweise allgemein zuzutreffen. Möglicherweise ist das Muster allein für das relativ neue Issue „Nachrüstung“ oder sicherheitspolitische Fragen allgemein charakteristisch. Aber allein die Tatsache, daß Frageformulierungen derart massive Effekte vollbringen können, verweist auf die prekäre Lage, die sich in der Meinungsforschung einstellt: Die besten und ausgefeiltesten Techniken der Datenanalyse nützen nichts, wenn nicht den Erhebungsmethoden und deren Validität gebührende Aufmerksamkeit geschenkt wird. Einmal mehr wird offenkundig, wie sehr es – auch im deutschsprachigen Raum – systematischer Fragenexperimente bedarf.

Tabelle: Einstellung zur Nachrüstung (in Prozent)

	Geschlecht				Alter						Schulbildung							
	Männer		Frauen		20 - 29		30 - 49		50 - 64		65 und mehr		Volksschule		Mittelschule		Abitur	
	I	II	I	II	I	II	I	II	I	II	I	II	I	II	I	II	I	II
Für Nachrüstung	63	18	54	15	51	12	58	16	59	24	63	14	58	19	63	15	46	8
Gegen Nachrüstung	34	68	43	62	48	76	40	67	37	55	34	62	39	60	37	72	48	77
Unentschieden, keine Angabe	3	14	3	23	2	13	2	17	4	21	3	24	3	21	1	13	5	14
(N =)	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
	(475)	(421)	(599)	(445)	(175)	(159)	(410)	(329)	(253)	(198)	(188)	(143)	(669)	(563)	(251)	(183)	(109)	(85)

Anmerkung: Aufgeführt sind die Befunde des gewichteten Datensatzes (einschl. N). In der Altersaufgliederung wurden die 18- und 19jährigen aufgrund kleiner Fallzahlen weggelassen. In den übrigen Tabellen sind sie mitenthaltend.

Erhebung I: (Vorfrage) „Nach Ansicht zahlreicher Militärexperten ist die Sowjetunion in Europa gegenüber dem Westen an Panzern, Truppen und atomaren Mittelstreckenraketen überlegen. Sollte der Westen eine solche Überlegenheit des Ostens hinnehmen – oder sollte er ein militärisches Gleichgewicht anstreben?“ (Hauptfrage) „Ich lese Ihnen jetzt einige Behauptungen vor und Sie sagen mir dann bitte jedesmal dazu, ob Sie dieser Aussage zustimmen oder nicht zustimmen: Der Westen muß gegenüber der Sowjetunion stark genug bleiben. Deshalb ist es nötig, in Westeuropa moderne Atomwaffen aufzustellen, wenn die Sowjetunion ihre neuen Mittelstreckenraketen nicht abbaut.“

Erhebung II: (Vorfrage) „Wie Sie vielleicht gehört haben, finden seit längerem in Genf Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion über Abrüstungsfragen statt. Wenn diese Verhandlungen zu keinem Erfolg führen, sollen neue atomare Mittelstreckenraketen in Westeuropa aufgestellt werden. Wissen Sie, wann – in welchem Jahr – diese Aufstellung beginnen soll?“ (Hauptfrage) „Wenn die Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion erfolglos bleiben, sollen demnächst auch bei uns in der Bundesrepublik neue Atomraketen aufgestellt werden. Sind Sie für oder gegen diese Aufstellung neuer Raketen?“ (Sofern gleichgültig oder unentschieden) „Nehmen wir einmal an, Sie müßten sich entscheiden: Sind Sie dann insgesamt eher für oder sind Sie eher gegen die Aufstellung neuer Raketen?“ (In der obigen Tabelle sind die Befragten mit entsprechenden Äußerungen den jeweiligen Werten pro oder contra dazugeschlagen.)

ANMERKUNGEN

- (1) Zu den klassischen Arbeiten über Effekte unterschiedlicher Frageformulierungen und deren Deutung als Ergebnis mangelhaft auskristallisierter Einstellungen vgl. H. Cantril und C. Rugg (1965). Neuere Ergebnisse dazu vor allem bei H. Schuman und S. Presser (1982). Zu sicherheitspolitischen Einstellungen vgl. auch Rosenberg et al. (1970), Mueller (1973), Mayer (1983).
- (2) Zur Bedeutung der schulischen Bildung für die Konsistenz von Einstellungen und der Struktur von Einstellungssystemen vgl. Converse (1964). Seit dieser Arbeit hat sich die Bedeutung der Schulbildung für Einstellungskonsistenz wiederholt in empirischen Untersuchungen erwiesen. Zur Bedeutung der Schulbildung für das Fragenverständnis vgl. auch Mellinger et al. (1982).
- (3) In der Bundesrepublik Deutschland haben – je nach Institut – zwischen 19 % und 29 % der Interviewer Abitur. Die Mehrheit verfügt über eine Mittelschulbildung, dicht gefolgt von einer Volksschulbildung (Reuband 1984a, S. 68).
- (4) Diese Tatsache hat in den Medien zu einer Reihe von – unzureichenden – Deutungsversuchen geführt, vgl. z.B. DIE WELT vom 29. 9. 1983, S. 2, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29. 9. 1983, S. 6, Kölner Stadt-Anzeiger vom 1./2. 10. 1983, DER SPIEGEL Nr. 40 vom 3. 10. 1983.
- (5) Zur Übersicht über die publizierten Umfragen, deren Methodologie, empirische Befunde und Probleme vgl. Reuband (1983). Zwar gibt es darunter eine Vielzahl von Umfragen, die methodisch nicht ohne Probleme sind, eine derartige Häufung von Verstößen gegen elementarste Regeln der Sozialforschung wie in der Umfrage des Verteidigungsministeriums gibt es nirgends. Instruktiv für die Art der Einflußnahme auf die öffentliche Meinung ist auch die Art der Interpretation: nicht nur, daß man in der Pressekonferenz die Befunde auf die Bundesrepublik als Stationierungsland bezieht (obwohl Westeuropa erfragt ist); hinzu kommt, daß in der entsprechenden Presseverlautbarung andere Umfragebefunde falsch gedeutet werden. So heißt es, bereits vorangegangene Umfragen des Allensbacher Instituts für Demoskopie hätten „bereits eine Mehrheit der Befragten für die Stationierung“ erbracht. Richtig ist vielmehr, daß dies allenfalls dann gilt, wenn man nach der Bewertung des NATO-Doppelbeschlusses und seinen beiden Elementen – Verhandeln und Nachrüsten – fragt (zu den methodischen Problemen der Frage vgl. Reuband 1983, S. 66 f.). Andere Umfragen des gleichen Instituts zeigen bei der Frage nach einer Stationierung in der Bundesrepublik bereits seit Anfang der 80er Jahre eine Mehrheit gegen die Nachrüstung! Und daß es in der Umfrage des Verteidigungsministeriums einen geringeren Anteil von Befragten ohne Meinung gab und damit weniger als bei der Allensbacher Umfrage, bedeutet nicht eine Auskristallisation von Meinungen in der Zwischenzeit, sondern hat lediglich etwas mit einer anderen Handhabung der Kategorie „keine Angabe“ zu tun. Zur Pressemitteilung des Ministeriums und den Umfragebefunden vgl. Bundesministerium der Verteidigung (1983).
- (6) Wenn es Effekte gab, dann sind sie aller Wahrscheinlichkeit nach nicht allzu groß gewesen. Differenziert man die eine Erhebung, welche in der Zeit vom 25. August bis 8. September durchgeführt wurde, in die Zeit vor und nach dem 2. September, so reduziert sich die Gegnerschaft in dieser Zeit lediglich von 67 % auf 65 %. Keine nennenswerten Auswertungen innerhalb der ersten Tage nach dem 1. September zeigen sich auch bei SINUS (1983). Auch langfristig scheinen sie relativ schwach: Kurz nach Stationierungsbeginn im November/Dezember war die Zahl der Nachrüstungsgegner in lediglich 10 Prozentpunkte geringer (vgl. Reuband 1984, S. 25). An den grundlegenden Meinungsverhältnissen ändert sich dadurch nichts.
- (7) Der verbleibende Rest der Meinungslosen zeichnet sich – wie nähere Analysen belegen – durch ambivalente Orientierungen aus (Reuband 1984b). Er ist auf jeden Fall immer noch größer als in der anderen Umfrage, in der Meinungslosigkeit dem Interviewer nicht als legitime Kategorie vorgegeben ist und die Information allenfalls als Residualinformation erfaßt wird. Gerade bei sicherheitspolitischen Fragen ist ein Drängen der Befragten auf eine Antwort hin ziemlich unrealistisch: sicherheitspolitische Einstellungen sind für den einzelnen oft peripher. Vgl. auch Rosenberg et al. (1970), Mueller (1973).
- (8) Zur Bedeutung des explizierteren Bedrohungskontextes vgl. Berger et al. (1983), zur Bedeutung des lokalen Bezugs vgl. Reuband (1983). In beiden Fällen gibt es zwar Verschiebungen im Meinungsbild, aber keine ähnlich dramatische Veränderung von Mehrheits-/Minderheitsverhältnissen.
- (9) Das politische Interesse steigt im allgemeinen bis etwa zum Alter von 26 bis 29 Jahren an und sinkt dann gewöhnlich wieder (vgl. Presse- und Informationsamt 1979, S. 293). In der Umfrage, die uns zum Vergleich dient (von August/September 1983), gaben 10 % der 14- bis 19jährigen an, „sehr stark“ oder „stark“ politisch interessiert zu sein, 29 % der 29- bis 29jährigen, 26 % der 30- bis 40jährigen, 25 % der 50- bis 64jährigen, 18 % der 65jährigen und älter. Zum Zusammenhang von politischem Interesse und Informiertheit vgl. Pappi (1970).
- (10) Die Umfrage vom September 1981 mit Informationen über die Kenntnis von Begriffen aus der Nachrüstungsdiskussion wurde vom Sample Institut für den STERN durchgeführt. Die hier verwen-

deten Zahlen entstammen dem unveröffentlichten Tabellenband („Aktuelle Themen, Untersuchungen im Rahmen einer Mehrthemenumfrage“). Die Umfrage vom Herbst 1983 mit Angaben zur Kenntnis des Stationierungstermins ist die gleiche, in der auch die hier verwendete Frage zur Nachrüstung (mit neutraler Formulierung) zur Anwendung kam. Anders als bei der Frage zur Nachrüstung beziehen wir an dieser Stelle auch die Personen mit ein, die in der ersten Phase der Erhebung – im August 1983 – befragt wurden. Ausführlicher zum Thema Wissensstand vgl. Reuband (1985).

(11) Zur Bedeutung des Alters für die Stabilität der Parteiidentifikation vgl. insbesondere Converse (1976).

(12) Das Vertrauen in den Osten macht für die Entscheidung für oder gegen die Nachrüstung kaum etwas aus. Bedeutsamer ist das Vertrauen in die Handlungskompetenz der gegenwärtigen amerikanischen Regierung (Reuband 1984c).

(13) In einigen Fällen mögen es die Befragten – unentschieden wie sie sind – dem Interviewer überlassen haben, eine Antwort zu verzeichnen (nach dem Motto: wenn Sie etwas hinschreiben müssen, schreiben Sie, was Sie wollen). In welchem Ausmaß das vorkommt, ist unbekannt.

LITERATUR

- Berger, M., W. C. Gibowski und D. Roth (1983), Zwei Drittel gegen neue Raketen. Die Bundesbürger und die Nachrüstung: ein schwankendes Bild im Spiegel der Demoskopie, in: DIE ZEIT Nr. 41 vom 7. 10. 1983, S. 3.
- Bishop, G. F., R. W. Oldendick und A. J. Tuchfarber (1982), Effects of presenting one versus two sides of an issue in survey questions, in: Public Opinion Quarterly, 46, S. 69 – 85.
- Bundesministerium der Verteidigung (1983), Meinungsumschwung nach dem Jumbo-Abschuß. Mitteilungen an die Presse, vervielfältigtes Manuskript, Bonn, 27. 9. 1983.
- Cantril, H., D. Rugg (1965), Die Formulierung von Fragen, in: König, R. (Hrsg.), Das Interview, 4. Aufl., Köln und Berlin, S. 86 – 114.
- Converse, P. (1964), The nature of belief systems in mass publics, in: Apter, D. A. (Hrsg.), Ideology and discontent, New York, S. 206 – 261.
- Converse, P. (1976), The dynamics of party support. Cohort-analyzing party identification, Beverly Hills und London.
- EMNID (1981), Die Popularität von Bundesministern – eine methodenkritische Befragung, in: EMNID Informationen Nr. 8, S. 14 – 16, A18 – A22.
- Hoag, W. J. und K. R. Allerbeck (1981), Interviewer- und Situationseffekte in Umfragen: Eine log-lineare Analyse, in: Zeitschrift für Soziologie, 10, S. 413 – 426.
- Mayer, B. (1983), Der Bürger und seine Sicherheit. Zum Verhältnis von Sicherheitsstreben und Sicherheitspolitik, Frankfurt/M.
- Mellinger, G. D., C. L. Huffine und M. B. Balter (1982), Assessing comprehension in a survey of public relations to complex issues, in: Public Opinion Quarterly, 46, S. 97 – 109.
- Mueller, J. E. (1973), War, presidents and public opinion, New York.
- Pappi, F. U. (1970), Wahlverhalten und politische Kultur, Meisenheim.
- Presse- und Informationsamt (1979), Gesellschaftliche Daten, Bonn – Bad Godesberg.
- Reuband, K. H. (1983), Demoskopische Verwirrungen in der Nachrüstungsfrage – was halten die Bundesbürger vom Nachrüstungsbeschluß?, in: Vorgänge Nr. 66, S. 64 – 80.
- Reuband, K. H. (1984a), Zur Rekrutierung und sozialen Zusammensetzung von Interviewerstäben, in: Meulemann, H. und K. H. Reuband (Hrsg.), Soziale Realität im Interview. Empirische Analysen methodischer Probleme, Frankfurt/M., S. 61 – 80.
- Reuband, K. H. (1984b), Die Friedensbewegung vor und nach den „Aktionswochen“ im Herbst 1983. Eine empirische Untersuchung zum Meinungswandel der Bevölkerung, in: Vorgänge Nr. 67, S. 12 – 25.
- Reuband, K. H. (1984c), Issueorientierung und Nachrüstungsprotest, in: Falter, J. W., C. Fenner und M. Th. Greven (Hrsg.), Politische Willensbildung und Interessenermittlung, Opladen.
- Reuband, K. H. (1985), Struktur und Defizite sicherheitspolitischer Kenntnisse in der Bevölkerung, in: Steinweg, R. (Red.), Kriegsursachen, Frankfurt/M. (in Druck).
- Rosenberg, M., S. Verba und P. Converse (1970), Vietnam and the silent majority. The dove's guide, New York.
- Schuman, H. und S. Presser (1982), Questions and answers in attitude surveys, San Francisco.
- SINUS (1983), Sicherheitspolitik, Bündnispolitik und Friedensbewegung. Eine Untersuchung zur aktuellen politischen Stimmungslage im Spätherbst 1983, Bonn.